

Ressort: Politik

SPD weist Überwachungsvorstoß von de Maizière rigoros zurück

Berlin, 02.12.2017, 10:49 Uhr

GDN - Nach dem Streit um Bürgerversicherung und Glyphosat verhaken sich SPD und Union vor möglichen Koalitionsverhandlungen auch bei der Inneren Sicherheit. SPD-Innenexperte Boris Pistorius lehnt die jüngsten Pläne von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) rigoros ab, die Hersteller internetfähiger Geräte wie Fernseher, Kühlschränke oder auch Autos dazu zu verpflichten, die staatliche Überwachung der Benutzer zu erleichtern: "Wir brauchen keine panischen und unausgereiften Vorratsbeschlüsse für einen großen Lauschangriff 2.0", sagte Pistorius der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (Samstagsausgabe).

Wo es konkrete Gesetzeslücken gebe, müsse über Anpassungen gesprochen werden. "Mir erschließt sich allerdings nicht, woraus sich für die CDU die Notwendigkeit ergibt, unsere Bürger über ihre Kühlschränke abzuhören", sagte Pistorius. "2017 ist nicht Orwells 1984. Gerade wir Sicherheitspolitiker müssen dafür sorgen, dass die Menschen eben nicht willkürlich abgehört werden können, sondern dass sie sich im öffentlichen Raum und erst recht in ihrer Wohnung sicher fühlen können - natürlich ohne unsinnige Überwachungsmöglichkeiten." Niedersachsens Innenminister bezeichnete es als primäre Aufgabe von Politik, diejenigen Menschen vor Kriminellen zu schützen, die das Internet der Dinge nutzen wollen, statt darüber nachzudenken, wie der Staat Schutzlücken von netzwerkfähigen Medienboxen oder anderen Geräten ausnutzen könne, sagte Pistorius. "Wir brauchen Augenmaß und kein Übermaß." Dafür stehe die SPD, während "Herr de Maizière offenbar jedes Maß verloren" habe. Der Bundesinnenminister hatte angekündigt, auf der Konferenz der Ressortchefs in der kommenden Woche Pläne einbringen zu wollen, wonach das Umgehen technischer Schutzmechanismen internetfähiger Geräte für staatliche Ermittler erleichtert werden solle. Werde ein Besitzer per App oder SMS informiert, wenn etwa eine Tür seines Autos geöffnet werde, sei das Anbringen einer Wanze unbemerkt kaum möglich, nannte sein Ministerium ein Beispiel. Auch das Abhören von Wohnungen werde erschwert, falls internetfähige Geräte Zugriffe von dritter Seite protokollierten und meldeten.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-98564/spd-weist-ueberwachungsvorstoss-von-de-maizire-rigoros-zurueck.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com